

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 25. Februar 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 8

SCHAFFT ARBEIT!

Forderungen der freien Gewerkschaften — Ausserordentlicher Gewerkschaftskongress

Millionen von Menschen leiden Not und hungern, und immer ist noch keine Aenderung im Wirtschaftsleben zu erblicken. Längst ist bekannt, daß die Regierung nicht im geringsten dazu beigetragen hat, mitzuwirken an der Belebung der Wirtschaft. Wir sind von Notverordnung zu Notverordnung tiefer in die Krise hineingekommen. Als am 1. Dezember 1930 die Erste Notverordnung erlassen wurde, verzeichneten wir 3,762 Millionen Arbeitslose. In dieser Notverordnung wurden tief einschneidende Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung sowie ein weiteres Andrehen der Steuerschraube vorgenommen. Bei der Zweiten Notverordnung vom 5. Juni 1931 betrug das Arbeitslosenheer 4,06 Millionen. Bis zur Dritten Notverordnung, erlassen am 6. Oktober 1931, standen 4,355 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen außerhalb der Betriebe, und als die Vierte Notverordnung am 8. Dezember 1931 erlassen wurde, betrug das Heer der Arbeitslosen 5,35 Millionen. Seitdem hat sich die Wirtschaftslage weiterhin verschlechtert. Etwa 6,5 Millionen Menschen sind heute ohne Arbeit.

Diesen rapiden Niedergang des Wirtschaftslebens müssen wir feststellen, um unserer Kollegenschaft zu beweisen, daß die Regierung vollständig versagte. Wir können uns nicht denken, die Regierung habe zu dem Zweck die Notverordnungen erlassen, um die Wirtschaft weiter an den Rand des Zusammenbruchs zu treiben. Aber längst muß der Regierung bekannt sein, daß durch ihr Vorgehen der Konjunkturbelebung jede Möglichkeit genommen wird. Diese Feststellung bedeutet eine furchtbare Anklage gegen die Reichsregierung, und sie beweist mit aller Klarheit, wie verheerend die Regierungsdiktate auf dem Verordnungswege in das Wirtschaftsleben eingriffen.

Pessimisten beurteilen die Wirtschaftslage noch skeptischer und erklären, daß der Abstieg noch längst nicht überwunden sei. Es wäre jedoch eine grobe Fahrlässigkeit, wenn von keiner Seite etwas unternommen wird, um eine Belebung der Wirtschaft durchzuführen. Arbeitsmöglichkeiten sind genügend vorhanden. Im Inlande fehlt es an allen Ecken und Enden und leicht würde es möglich sein, eine größere Anzahl von Arbeitslosen in Beschäftigung zu bringen.

Gewiß ist dazu Geld notwendig, auch diese Klippe muß überwunden werden, wenn von dem bestehenden Zustand endlich abgegangen wird und nicht immer in einseitiger Weise in die Privatwirtschaft Kredite hineingepumpt werden, durch die aber keineswegs die wirtschaftliche Not der Arbeiterschaft gelindert werden kann.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nahm zu diesem Problem der Arbeitsbeschaffung in seiner letzten Sitzung am 15. und 16. Februar Stellung. Die Verhandlungen waren vom tiefsten Ernst getragen und einstimmig wurde nachstehende Entschließung beschlossen:

„Die in den letzten 1½ Jahren zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volksmassen

unerhörte Opfer auferlegt, der Wirtschaft aber keine Entlastung gebracht.

Von 2,7 Millionen am Anfang der Notverordnungsperiode ist das Arbeitslosenheer auf weit über 6 Millionen angewachsen. Die gewaltsame Herabsetzung der Löhne und der sozialen Leistungen bewirkte eine ungeheure Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft und führte zwangsläufig zu einer weiteren Drosselung der Produktion, zur Verschärfung der Krise und zu einer unablässig steigenden Verelendung des Volkes. Millionen Menschen leiden bitteren Mangel, während Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vergeblich um den Absatz ihrer Produkte ringen. Auch der Versuch der Reichsregierung, den lebensnotwendigen Export dadurch zu sichern, daß sie dem Währungsdumping des Auslandes die deutsche Deflationspolitik entgegenstellte, ist gescheitert.

Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um durchschnittlich 12 Proz.; die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 5 Proz.

Auf diese Weise ist jene „neue Lage“ entstanden, die nach dem feierlichen Versprechen des Reichskanzlers die Regierung zu entsprechenden Schritten zugunsten der Arbeiterschaft verpflichtet.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung den Schlußstrich unter die Deflationsperiode ziehe. Der offensichtliche Mißerfolg ihrer Wirtschaftspolitik muß sie zu der Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich wirksame Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft zu treffen.

Die Gewerkschaften erinnern an ihre mannigfachen Vorschläge, die sie der Reichsregierung auf dem Gebiete der Bank-, Kredit-, Steuer-, Preis- und Zollpolitik unterbreitet haben. Auf ihre Durchführung wartet die Arbeiterschaft bisher vergeblich. Besonders ist von der Reichsregierung die dringliche Forderung der Gewerkschaften nach besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit (40-Stunden-Woche) trotz der ihr durch Notverordnung erteilten Ermächtigung nicht erfüllt worden.

Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Beseitigung der Ueberarbeit und die ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienertums erfordern nun den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen.

Die Gewerkschaften anerkennen nach wie vor die Notwendigkeit, der allgemeinen Weltwirtschaftskrisis durch eine aktive Außenpolitik entgegenzuwirken. Innenpolitische Maßnahmen allein können nicht dauernd helfen und sind im Erfolg abhängig von einer baldigen internationalen Verständigung.

Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes.

Die unverkennbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen. Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen keine unüberwindlichen Hindernisse entgegen.

Nach den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnungen darf sie nicht mit dem Hinweis auf angebliche Gefahren für die Währung abgetan werden.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß bei ernster Zusammenarbeit des Reiches, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn, der Reichspost, der Reichsbank und der übrigen verantwortlichen Körperschaften das Finanzierungsproblem gelöst werden kann.

Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im In- und Auslande wiederherstellen.“

Damit soll es keineswegs seine Bewendung haben, sondern gleichzeitig beschloß der Ausschuß, recht bald einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress einzuberufen, auf dem die Frage der Arbeitsbeschaffung weiter besprochen wird. An Plänen dazu mangelt es nicht. Wir würden es für verkehrt erachten, wenn der Streit der Theoretiker um die Durchführung der Pläne ins Uferlose ausartet und dadurch das Kernproblem „Arbeitsbeschaffung“ hinausgeschoben wird. Es ist bedauerlich, daß seitens der Regierung dazu nicht die Initiative ergriffen wird; und weil diese Tatsache feststeht, so haben wir freien Gewerkschaften die größte Veranlassung, mit aller Kraft und mit aller uns zur Verfügung stehenden Macht uns für die Beschaffung von Arbeit einzusetzen. Wird die Regierung endlich aus ihrer Passivität heraustreten und wird sie Vorkehrungen treffen, daß der wirtschaftlichen Verelendung breiter Volksschichten endlich Einhalt geboten wird? Wir müssen daher auf das Nachdrücklichste von der Regierung fordern, sofort alle Möglichkeiten zu prüfen, wodurch Arbeitsgelegenheit herbeigeführt werden kann. Das ist die vordringlichste Aufgabe.

Die Arbeiterschaft würde es nie verstehen, wenn diese vordringliche Forderung der freien Gewerkschaften von der Regierung dilatorisch behandelt würde. Es muß endlich Schluß gemacht werden mit den diktatorischen Notverordnungen, wodurch das Wirtschaftselend noch mehr vergrößert wird. Der Arbeiterschaft wurde genug geraubt, endlich müssen ihre Wünsche erfüllt und Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Regierung, entscheide dich bald, es ist allerhöchste Zeit!

Kampf um die Bierpreissenkung

Das Heer der arbeitslosen Verbandsmitglieder ist stark gewachsen. Noch stärker hat die Kurzarbeit, vor allem in den Betrieben der Getränkeindustrien zugenommen. Ende Januar 1932 waren im Verband insgesamt 35 000 Mitglieder arbeitslos, 60 000 Mitglieder arbeiteten kurz. In den Getränkeindustrien wurde diese Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zum erheblichsten Teil durch die Ueberbesteuerung der Getränke hervorgerufen.

Der Vorstand als Treuhänder der Mitgliederinteressen hat die Folgen einer Uebersteuerung des Bieres deutlich vorausgesehen und vor der letzten Biersteuererhöhung eindringlichst gewarnt; seine Vorstellungen blieben aber erfolglos. Der Vorstand hat auch nachdem noch versucht, weiterer Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern vorzubeugen. Hierzu diente die Bewegung auf Einführung der Fünftagewoche. Der von Monat zu Monat rückläufige Bierkonsum beträgt in den drei Quartalen des Rechnungsjahres 1931/32 über 9 Millionen Hektoliter. Die Steuereingänge für das Reich sind in der gleichen Zeit um 70 Millionen Mark zurückgegangen, dazu kommen bis jetzt über 100 Millionen Mark Steuerstundungen. Den zuständigen Regierungsstellen wurde seit längerer Zeit klarzumachen versucht, daß nicht die überhöhten Steuersätze, sondern ein tragbares Maß die erhofften Steuererträge bringen können. Bisher blieb der Erfolg versagt infolge außenpolitischer Hemmungen, wozu die Schwierigkeiten kamen im Kampfe mit der Öffentlichkeit um Anerkennung unserer sachverständigen Auffassungen. Bei seinen letzten Versuchen auf Zurückführung der Biersteuersätze auf ein erträgliches Maß ließ der Vorstand sich leiten von der notwendigen, für die Konsumenten fühlbaren Senkung der Preise. Dadurch, daß dem Begehren des Verbandes nicht Rechnung getragen wurde, ist eingetreten, daß die durch den Kommissar für Preisüberwachung verordnete Bierpreissenkung nicht bemerkbar wurde, der Konsum nicht gehoben wurde, sondern infolge der durch die verordneten Lohnsenkungen von 10 und 15 Proz. noch mehr sank und weitere Entlassungen erfolgten bzw. die Kurzarbeit zunahm und sich erweiterte.

Gegen Verhältnisse, wie sie die jetzige Generation leider durchleben muß, kann der Verband nicht an. Ihre Ursachen sind die Auswirkungen des Krieges. Wenn es nach dem Willen der Unternehmer gehen würde, würden die Löhne weit tiefer stehen, würde das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Lohnverhältnis stark beschnitten, würde alles, was Sozialpolitik heißt, sehr stark abgebaut sein.

Der von den politisch extremen Parteien von rechts und links inszenierte Streik im Hamburger Gastwirtsgewerbe wird für Parteizwecke ausgenutzt. Es wird mit allem Nachdruck versucht, Berlin und an-

dere Großstädte in diesen Kampf hineinzureißen. Die Folge des Hamburger Konfliktes ist, daß die dortigen Brauereien Massenentlassungen durchführen, was auch für Berlin und andere Städte eintritt, wenn gleiches übertragen wird. Verhandlungen mit der Regierung zu dem Zweck, aus dieser Situation herauszukommen, haben bisher zu keinem Erfolg geführt.

Aus alledem ergibt sich, daß keine Zeit zur Interessenlosigkeit gegenüber dem Verband ist, daß die Geschlossenheit der Kollegen dringend notwendig ist.

Biersteuer muss gesenkt werden

Vor einer Ausdehnung des Bierstreiks

Um zu verhindern, daß der Bierstreik auch auf Berlin übergreift, hat der Verein der Brauereien Berlins mit nachstehendem Telegramm den Reichskanzler nochmals auf die bevorstehenden Gefahren aufmerksam gemacht.

Das verhängnisvolle Zögern der Reichsregierung, die vom Brau- und Gastwirtsgewerbe geforderte und von der öffentlichen Meinung im weitesten Umfange als unerlässlich erkannte Senkung der Reichs- und Gemeindebiersteuern vorzunehmen, hat zur Folge gehabt, daß nunmehr auch in Berlin der Bierstreik in greifbare Nähe gerückt ist. Wenn nicht heute die entscheidende Erklärung, die Reichsbiersteuer um drei Mark und die Gemeindebiersteuer um fünfzig Prozent zu senken, erfolgt, muß befürchtet werden, daß in Berlin und damit im ganzen Reich eine Bewegung

Selbstschutz bedingt eine starke Organisation!

Am 27. Februar ist der 10. Wochenbeitrag fällig

entfesselt wird, die nicht nur eine ungeheure Wirtschaftskatastrophe bedeutet, sondern auch von schwerwiegendsten politischen Folgen sein kann. Ein weiteres Ausbreiten des Bierstreiks bedeutet Aufheben der Biersteuerquelle und Erhöhung der Arbeitslosenziffer um Hunderttausende. Weiteres Zögern würde die Dinge auf die Spitze treiben und der Reichsregierung eine ungeheure Verantwortung aufbürden. Nur schleunigstes Handeln kann noch in letzter Stunde schwerstes Unheil abwenden.

Der Verein der Brauereien Berlins erklärt, daß er im Falle eines Streiks außerstande ist, die fälligen Reichs- und Gemeindebiersteuern zu zahlen. Die Regierung gibt bekannt, sie ist bereit, vom 1. April an die Biersteuer zu senken.

4. Bundesausschuss-Sitzung

Am 15. und 16. Februar tagte in Berlin die 4. Sitzung des Ausschusses vom ADGB. Vor Eintritt in die Tagung gedachte Kollege Leipart in herzlichen Worten des verstorbenen langjährigen Kassierers Hermann Kube.

Aus dem Tätigkeitsbericht des Kollegen Leipart entnehmen wir eine Kritik gegen die unschlüssige Haltung des Reichsarbeitsministers in der Frage der allgemeinen Verkürzung der gesetzlichen Höchst- arbeitszeit. Der Vorstand hat bekanntlich gegen das Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände, das den Anschein erweckte, als ob die Arbeitszeitverkürzung in der jetzigen Zeit keine aktuelle Bedeutung mehr habe, entschieden Verwahrung eingelegt und erneut die schleunige Durchführung der gewerkschaftlichen Forderungen verlangt.

Die im Mittelpunkt stehende Reparationsfrage, die Stellungnahme der freien Gewerkschaften „Schluß mit den Reparationen“ stehe in keiner Weise im Widerspruch mit der bisherigen Haltung der Gewerkschaften. Sie ist vielmehr die Konsequenz daraus, daß die Reparationen im eigentlichen Sinne, d. h. die Zahlungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bereits geleistet wurden. Die wirtschaftliche Notlage Deutschlands gestatte jedoch eine Fortdauer politischer Zahlungen nicht mehr. Die Gewerkschaften werden diesen Standpunkt auch weiterhin vertreten.

Innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung sind seit Jahren Bestrebungen im Gange, die Berufsinternationale entweder zur alleinigen organisatorischen Grundlage des IGB. zu machen, oder sie doch neben den Landeszentralen als gleichberechtigte Träger der Organisation anzuerkennen. Zur Zeit steht diese Frage wieder im Mittelpunkt der Erörterungen. Der Bundesvorstand ist der Meinung, daß die Landeszentralen allein die Träger des IGB. sein können. Auch der Vorstand des IGB. vertritt diese Auffassung und es läßt sich daher eine Form finden, daß auch die internationalen Berufssekretariate noch mehr als bisher als Bestandteile in den IGB. ein-

geordnet werden und den Berufssekretären das Stimmrecht im Ausschuss gegeben wird.

Schlimme berichtete über Steuerfragen und die Bemühungen des Bundesvorstandes, bei der Zahlung der Bürgersteuer Erleichterungen zu erwirken. Ebenfalls wurde beim Reichsfinanzministerium gefordert die Beseitigung der Bestimmungen in den Notverordnungen über Aufhebung der Lohnsteuererstattung. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht zum Abschluß gekommen.

Spliedt berichtet über das Krümpersystem. Eine einheitliche Stellungnahme wäre wohl wünschenswert, sie wird aber wohl kaum praktisch möglich sein, da mit dieser Frage die Arbeitslosenunterstützungseinrichtung in den Gewerkschaften im Zusammenhang steht.

Kollegin Hanna wies auf die Notwendigkeit der besonderen Werbungs- und Schulungsarbeit unter den Frauen hin.

In der Aussprache wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß in zahlreichen Fällen der 8-Stunden-Tag überschritten wird und vielfach Ueberstunden sogar ohne Bezahlung geleistet werden. Die bekanntgewordene Auffassung des Reichsarbeitsministers über die Frage der Arbeitszeit wurde scharf verurteilt. Mit der Einführung der 40-Stunden-Woche muß der Zwang zur Einstellung von Arbeitskräften verbunden werden. Zu den übrigen Fragen wurde der Auffassung des Bundesvorstandes beigetreten. Kollege Leipart konnte am Schlusse der Debatte feststellen, daß die Gewerkschaften die Verordnung vom 6. Juni 1931 als Grundlage für die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung nicht anerkennen können. Hierfür bietet die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses eine geeignete Grundlage zur Durchführung solcher Maßnahmen. Daß jede Verkürzung der Arbeitszeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein neues hartes Opfer der Arbeiterschaft darstellt, ist nicht zu leugnen, es würde aber noch fürchterlicher sein für die Arbeiterschaft, wenn aus den 6 Millionen Arbeitslosen 7 oder 8 Millionen würden. Sinn hat das Opfer, das die Arbeiterschaft bringen würde, aber nur dann, wenn die Einführung der 40-Stunden-Woche in einer Weise erfolgt, daß eine Gewähr für die Einstellung von neuen Arbeitskräften geboten ist. Zu der Reparationsfrage erklärte

Friedrich Ebert

Am 28. Februar 1932 fährt sich zum siebenten Male der Tag, an dem Friedrich Ebert seine Augen für immer schloß. Wir Gewerkschafter werden diesen Tag nie ohne Gedenken an diesen Menschen vorbeigehen lassen, dem wir soviel zu danken haben. Unsere Gegner sagen noch heute, daß er „nur“ ein Arbeiter war. Wir sind stolz darauf, denn er war wirklich der Arbeiter, der erste Präsident der Deutschen Republik!

Am 4. Februar 1871 als Sohn eines Schneiders in Heidelberg geboren, erlernte er das Sattlerhandwerk. Er erkannte schon in jungen Jahren das hohe Ziel der freien Gewerkschaften, deren Mitarbeiter er immer geblieben ist. Wir sehen ihn im Alter von 29 Jahren als Abgeordneten der Bremer Bürgerschaft, zwölf Jahre später als Mitglied des Deutschen Reichstages. 1913 wurde er Vorsitzender der SPD. Am 9. November 1918, dem Tag der Revolution, übernahm er das Amt des Reichskanzlers, 1919 wurde er durch die Nationalversammlung als Reichspräsident gewählt. Dieses Amt übte er bis zu seinem Tode aus.

Wir sehen in dieser kleinen Aufstellung ein Leben voll Arbeit, keine Arbeit, die dem Kapitalismus diene, sondern schwierige aufopfernde Arbeit für die Allgemeinheit. Er war ein Vorbild und wird uns als Gewerkschafter stets ein Vorbild sein.

Nicht von der Höhe
gleißenden Ruhmes
warf dich das Schicksal.

Nicht aus dem Taumel
rauschender Feste
rief dich der Tod.

Still aus dem Kreise
täglicher Pflichten
nahm er dich fort.

Hob dich,
bescheidener Sohn deines Volkes
ins strahlende Licht
der Verehrung und Liebe,
die, dem Treuen in Treue,
ein dankbares Volk dir erweist.

Erich Grisar

Leipart abschließend, es besteht kein Widerspruch, zwischen unserer Forderung nach Verständigung mit Frankreich und der Losung: Schluß mit den Reparationen. Längst besteht Klarheit darüber, daß der politische Streit um die Reparationen eine der wesentlichsten Ursachen der Weltwirtschaftskrise ist. Die Beseitigung dieser politischen Ursachen der Krise ist die wichtigste Voraussetzung für ihre Ueberwindung. Sie liegt im Interesse der Arbeiter aller Länder, auch der Arbeiter Frankreichs. Wir sagen nicht: wir wollen nicht zahlen, wir sagen das vor allem nicht im Widerspruch zu unseren ausländischen Genossen, sondern wir rufen diesen, namentlich unseren französischen und belgischen Freunden zu: Ihr dürft nicht zulassen, daß die Last der Reparationen auch fernerhin die deutsche Arbeiterschaft bedrückt. Wir begehen keine Untreue gegen die Internationale, indem wir unsere Pflicht, die Interessen der deutschen Arbeiter zu vertreten, in erster Linie erfüllen.

Ueber die weitere wichtige Frage der Arbeitsbeschaffung, haben wir in unserem Leitartikel ausführlich berichtet.

Wochenschau

Deutschlands Abrüstungsvorschläge. Die deutsche Regierung hat der zur Zeit in Genf tagenden Abrüstungskonferenz folgende Abrüstungsvorschläge unterbreitet: Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, Abschaffung der schweren Artillerie, Beseitigung der Tanks, Verbot jeglicher militärischer Luftfahrt zu Wasser und zu Lande, Verbot der Festungen, Verbot der Anwendung von Gas- und bakteriologischen Stoffen als Kampfmittel und Verbot des Abwurfes von Kampfstoffen aus Luftfahrzeugen.

Lausanner Konferenz im Juni. Die belgische, französische, englische, deutsche, japanische und italienische Regierung sind übereingekommen, die vertragte Lausanner Konferenz im Juni abzuhalten. Auf ihr soll eine dauerhafte Regelung der im Bericht der Baseler Sachverständigen aufgeworfenen Fragen erfolgen.

Oesterreich für internationale Zollunion. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Buresch hat sich mit den europäischen Regierungen zwecks wirtschaftlicher Annäherung in Verbindung gesetzt. Die Bemühungen Oesterreichs zielen auf eine europäische Zollunion hin.

Für Neuregelung der Fürstenrenten. Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde mit den Stimmen der SPD, KPD, des Zentrums und der Christlich-sozialen ein Antrag angenommen, der vorsieht, daß die auf Grund von Urteilen, Vergleichen, Verträgen oder Landesgesetzen gezahlten Fürstenrenten gemäß der wirtschaftlichen Veränderung neu geregelt werden können.

Mißtrauensantrag gegen Reichsregierung. Nazis, Deutschnationale und die Kommunisten haben im Reichstag einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung eingebracht.

Regierungsturz in Frankreich. Die durch die Rechtsmehrheit der französischen Kammer angenommene verschlechterte Wahlrechtsvorlage führte zum Sturz der Regierung Laval. Der Präsident der Republik beauftragte Painlevé mit der neuen Kabinettsbildung, der sich bemüht, ein Konzentrationskabinetts zu bilden, dem sowohl die Radikalen wie auch die übrigen Linksparteien angehören sollen.

Keine Landtagsauflösung durch Volksbegehren in Sachsen. Obwohl im Sächsischen Landtag Kommunisten, Nazis und Deutschnationale für eine Auflösung des Landtages durch Volksbegehren stimmten, wurde der Antrag abgelehnt. Ein Volksentscheid über die Landtagsauflösung dürfte erst im April zur Durchführung kommen.

Wiener Arbeiter gegen Faschismus. Durch das Vorgehen der Wiener Polizei gegen das Ottakringer Arbeiterheim traten 10 283 neue Mitglieder in den Republikanischen Schutzbund ein. Gleichzeitig wurden über 45 000 Schilling gesammelt.

Hindenburg kandidiert zur Präsidentenwahl. Reichspräsident Hindenburg hat sich schriftlich bereit erklärt, zur Präsidentenwahl am 13. März zu kandidieren. Im Lager der „Harzburger Front“ ist noch keine Einigung erzielt. Es verlautet, daß für die Nazis Frick oder Hitler, für die Deutschnationalen Herr (Prinz) Oskar und für den Stahlhelm Duesterberg aufgestellt wird. Hitler soll vorher zum „Professor“ für angewandte Pädagogik in Braunschweig gemacht werden.

SPD. gegen Werksparkassen. Die SPD. hat im Reichstag einen Initiativgesetzantrag eingebracht, wonach die Beseitigung der Werksparkassen zu erfolgen hat und neue nicht errichtet werden dürfen.

SPD. für Arbeitsbeschaffung. Die SPD. hat zwei Gesetzentwürfe im Reichstag eingebracht, die sich mit der Frage der Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaues sowie Umgestaltung der Hauszinssteuer beschäftigen.

Allgemeinverbindlich erklärt

Der Reichsarbeitsminister
III 1373/1001 Tar. Berlin NW 40, 15. 2. 1932
Scharnhorststraße 35

Entscheidung.

Die nachstehend bezeichneten Tarifverträge werden im angegebenen Umfange gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

I. Parteien des Tarifvertrages zu IIIa:

- a) auf Arbeitgeberseite: Deutscher Arbeitgeber-Bund der Schokoladen- und Zuckerwaren-Industrie und verwandter Betriebe e. V., Dresden;
- b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Sitz Berlin; Zentralverband der Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter Deutschlands, Sitz Düsseldorf.

II. Parteien des Tarifvertrages zu IIIb:

- a) auf Arbeitgeberseite: Arbeitgeberverband der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie und verwandter Betriebe für Schlesien e. V., Breslau;
- b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Gau Schlesien, Breslau.

III. Tag des Abschlusses:

- a) 28. Dezember 1931, Lohnvertrag (bindende Festsetzung des Schlichters gemäß der Verordnung vom 8. Dezember 1931);
- b) 29. April 1931, Sondervereinbarung für Schlesien;

Nachträge zum allgemein verbindlichen Reichstarifvertrage vom 24. August 1928.

IV. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:

Gewerbliche Arbeiter in Betrieben, in denen Kakao und Schokoladen, Schokoladenwaren, Zuckerwaren jeder Art, Keks, Zwieback, Waffeln, Leib- und Honigkuchen und anderes Dauergebäck, Oblaten, Teigwaren (z. B. Nudeln, Makkaroni), Marzipan- und Backmassen, Marzipanwaren sowie Tragant- und Lakritzwaren hergestellt werden.

Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf handwerksmäßige Betriebe und hinsichtlich der Löhne nicht auf solche Betriebe, für welche Sonderlohnverträge in Geltung sind oder künftig abgeschlossen werden.

V. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:

Zu IIIa: Gebiet des Deutschen Reiches mit Ausnahme des Gebietes rechts der Weichsel und der Stadt Mannheim; Die Ausdehnung der allgemeinen Verbindlichkeit auf die Stadt Mannheim bleibt vorbehalten.

Zu IIIb: Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien.

VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit:

1. Februar 1932.

VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit:

Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, jeweils mit dem Tarifvertrag, hinsichtlich der Löhne jedoch spätestens mit dem 30. April 1932.

I. A.: gez. Dr. Sitzler.

Eingetragen am 18. 2. 1932 auf Blatt 9564 lid. Nr. 36 des Tarifregulators.

40

Jahre Treue zum Verband



Gustav Just

Brauer, Hannover

Eingetr. 1. 1. 1887, jetzt Invalide

Paul Kabitzke

Böttcher, Hannover

Eingetr. 1. 2. 1886, jetzt Invalide

Fritz Weber

Böttcher, Hannover

Eingetr. 22. 9. 1889, jetzt Invalide



Carl Witt

Böttcher, Hamburg

Eingetreten 3. 5. 1886

Karl Luth

Böttcher, Hamburg

Eingetr. 10. 1. 1886, jetzt Invalide

F. Lühr

Böttcher, Hamburg

Eingetreten 8. 6. 1891

Aus dem Gau Südwest

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise hatten im Jahr 1931 einen besonders nachteiligen Einfluß auf die Wirtschaft innerhalb des Gebietes im Gau Südwest. Der Gau Südwest bildet kein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Er gliedert sich nicht nur politisch auf verschiedene Staaten (Baden, bayrischen Rheinpfalz und Saargebiet), sondern teilt sich auch in die verschiedensten Wirtschaftsgebiete. Der Freistaat Baden bildet allein, auf Grund seiner geographischen Lage 3 Wirtschaftsgebiete (Unter-, Mittel- und Oberbaden). Die Wirtschaftslage in Baden und in der bayrischen Rheinpfalz ist nicht nur durch die allgemeine Wirtschaftskrise erheblich beeinträchtigt, sondern auch durch den Umstand, daß Baden und die bayrische Rheinpfalz nach dem Krieg als Grenzländer in Frage kommen. Durch die Abtrennung von Elsaß-Lothringen und des Saargebiets ist Baden und der bayrischen Rheinpfalz ein wichtiger Wirtschaftsnerv abgeschnitten worden.

Aus diesen Tatsachen erklärt es sich, daß die Arbeitslosigkeit in Baden und in der bayrischen Rheinpfalz besonders groß ist. Baden hatte nach der im Reichsarbeitsblatt gegebenen Uebersicht am 30. November 1931 auf 1000 Einwohner mit Familienangehörigen 134 Arbeitslose, Württemberg dagegen nur 78,7 Arbeitslose. Baden ist auch vom Reichskommissar für Preisermäßigung als Not-

standsgebiet anerkannt, für das die Verfügung auf Herabsetzung der Bierpreise keine Anwendung findet.

Dazu kamen in Baden und in der bayrischen Rheinpfalz noch Einflüsse, die neben der Wirtschaftskrise eine besondere Einschränkung der Absatzgelegenheit für einen Teil der Industriezweige hatten, für die unser Verband zuständig ist.

Der Niedergang der Weinpreise auf das Vorkriegspreisniveau, und darunter, die reiche Obsternte 1931 stärkten außerordentlich die Konkurrenzüberlegenheit des Trauben- und Obstweines gegenüber dem Bier.

Der Geschäftsgang der Brauereien unterlag somit im Jahre 1931 und unterliegt auch in der Folgezeit stärkeren Einflüssen als die Brauindustrie in anderen Gebieten des Reiches. Weiter wirken noch die Herabsetzungen aus den verlorengegangenen Absatzgebieten (Elsaß-Lothringen und Saargebiet) und die Absatzschumpfung durch die Steuerpolitik und die damit verbundene Verteuerung des Bieres, sowie die großen Auswirkungen der Wirtschaftskrise durch die Arbeitslosigkeit.

Wir haben Brauereibetriebe, die gegenüber dem Geschäftsjahr 1929/30 über 70 Proz. ihres Ausstoßes verloren haben. Wenn sich dieser Absatzrückgang in der Brauindustrie in Südwestdeutschland noch nicht durch eine größere Arbeitslosigkeit der Brauereiarbeiter ausdrückt, so liegt dies an dem stark ausgeprägten Solidaritätsgefühl der Brauereikollegen, die jedes Maß an Kurzarbeit in Kauf nahmen, um Entlassungen ihrer Kollegen zu vermeiden.

Im Saargebiet, wo die Brauindustrie in den Nachkriegsjahren eine Absatzsteigerung von annähernd 150 Proz. erzielte, kam im Jahre 1931 die 5-Tage-Woche zur Einführung, jedoch nicht aus idealem Antrieb der Brauereien, um mehr Arbeitsgelegenheit zu schaffen, sondern um Einsparungen zu erzielen. Die letztjährigen Geschäftsabschlüsse der Brauereien des Saargebiets sind durchweg noch außerordentlich günstig.

Nächst Mitteldeutschland haben wir in Baden und der bayrischen Rheinpfalz die meisten Handelsmälzereien. Der Geschäftsgang dieser Betriebe ist sehr schlecht. Eine Anzahl dieser Mälzereien wurden in der Kampagne 1931/32 gar nicht erst in Betrieb gesetzt und wo gemälzt wird, dauert die Arbeitsgelegenheit oft nur einige Wochen oder Monate.

Der Weinhandel bietet trotz der niedrigeren Weinpreise geringe Arbeitsgelegenheit. Eine große Anzahl der Weinhandlungen ist eingegangen. In den übrigen Weinhandlungen herrscht allgemeiner Arbeitsmangel und ist Kurzarbeit eingeführt worden. Der Rückgang der Arbeitsgelegenheit im Weinhandel ergibt sich aus der Umstellung der Weinproduzenten in der Weinabgabe. Die Winzer lieferten ihre Produkte in den letzten Jahren immer mehr direkt an die Abnehmer. Auch sind sie immer mehr zur Selbstbehandlung ihres Produkts übergegangen. Sie erzielen dadurch eine größere Ausnutzung ihrer Arbeiter, indem die Weinbergarbeiter in den Wintermonaten zugleich als Kellerarbeiter Verwendung finden. Die Winzergenossenschaften haben vielfach eigene Ausschankstellen eröffnet. Dazu kommen noch die Straußwirtschaften und der im Jahre 1931 in Blüte gekommene direkte Verkauf von Wein und Most. Das Liter Obstwein wurde für 15 Pf., das Liter Traubenwein für 40 Pf. angeboten. Durch diese Zurückdrängung des Weinhandels wurde die Arbeitsgelegenheit in den Weinhandlungen immer mehr beschränkt. Die Arbeitsgelegenheit für unsere Küferkollegen wurde aber nicht allein durch den Rückgang des Weinhandels und die allgemeine Wirtschaftskrise beschränkt, sondern auch durch die immer größere Umstellung in der Brauindustrie, in der Chemie, in den Oelfabriken, vom Holzgefäß zum Metall- und Betongefäß. Auch der bedeutende Rückgang an Flaschenweinabsatz minderte die Arbeitsgelegenheit unserer Küferkollegen.

Die Mühlenindustrie beschränkt sich im Gau Südwest, wenn man von den kleineren Handelsmühlen in Oberbaden und der Herrenmühle in Heidelberg absieht, in der Hauptsache auf Mannheim-Ludwigshafen. Durch den Vermahlungsdruck von 97 Proz. Inlandsweizen sind die Handelsgroßmühlen in Mannheim-Ludwigshafen nicht mehr in dem Maße in der Lage, wie früher bei ungehemmter Arbeitsweise, wo sie 90 Proz. Auslandsweizen vermahlen haben, durch Herstellung von Qualitätsmehl den Markt in Süddeutschland zu beherrschen. Die kleineren Betriebe sind durch den Vermahlungsdruck von Inlandsweizen gegenüber den Großmühlen wieder konkurrenzfähiger geworden. Betriebsstilllegung, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit waren die Folge. Selbst die Arbeiter in der GEG-Mühle in Mannheim und in den oberbädischen Kleinhandelsmühlen sind von der Kurzarbeit nicht verschont geblieben. Es ist ein Absatzrückgang bis zu 40 Proz. eingetreten.

Auch das Bäcker- und Konditorengewerbe ist von der Wirtschaftskrise stark erfaßt worden. Der Absatz an Konditorwaren und Kleingebäck ist bedeutend zurückgegangen. Dazu ist ein Rückgang des Brotkonsums zu verzeichnen. Ein Beweis, wie

sich die Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnschrumpfung immer mehr volkswirtschaftlich nachteilig auswirken. Es scheint, daß die Arbeitslosen und Kurzarbeiter nicht mehr in der Lage sind, für sich und ihre Familie das nötige tägliche Brot zu kaufen. Durch die an sich im Bäckerei- und Konditorengewerbe vorherrschende große Lehrlingszucht schon bestandene Arbeitslosigkeit hat durch den Absatzrückgang eine erhebliche Steigerung erfahren. In der Stadt Ludwigshafen a. Rh. ist die Zahl der beschäftigten Bäckergehilfen gegenüber dem Jahre 1929 im Jahre 1931 um 50 Proz. zurückgegangen.

Dennoch ergibt sich für unseren Verband im Bäckerigewerbe ein großes Agitationfeld. Nach der Mitgliederliste des badischen Innungsverbandes von 1931 hatte dieser

4410 Mitglieder.

Von diesen Bäckerinnungsmeistern arbeiteten

ohne jede Hilfskraft	1296 Betriebe
mit 1 Lehrling	810 "
mit 2 Lehrlingen	31 "
mit 1 bis 5 Arbeitskräften . . .	2176 "
mit 6 bis 10 Arbeitskräften . . .	15 "
mit 11 bis 20 Arbeitskräften . .	3 "

Aehnlich liegen die Verhältnisse in der bayerischen Rheinpfalz und im Saargebiet.

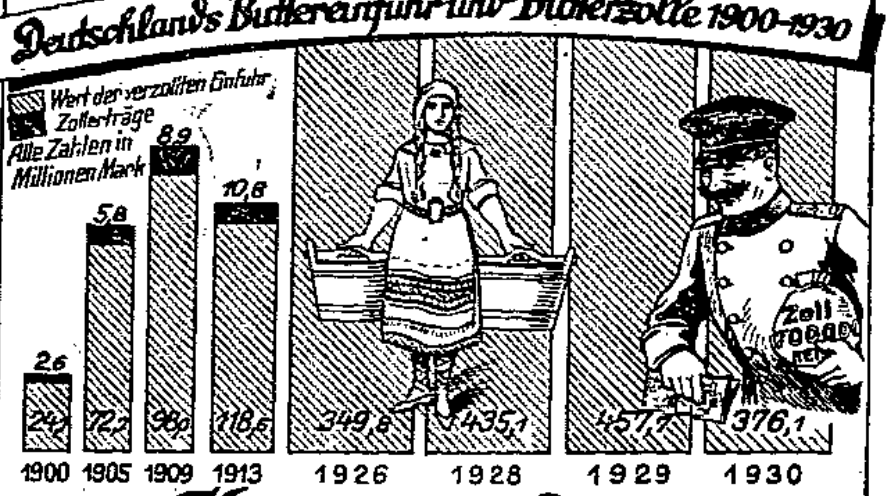
Es müßte höchstes Ziel aller organisierten Bäckergehilfen sein, die Zahl der organisierten Bäckerkollegen auf die gleiche Höhe zu bringen, wie die Bäckermeister organisiert sind. Wenn unsere organisierten Bäckerkollegen nicht wieder in die Vorkriegsverhältnisse zurückgeworfen werden wollen, dann ist es höchste Zeit, daß etwas mehr Rührigkeit, Mitarbeit und Pflichtbewußtsein im Interesse des Ausbaues und der Stärkung ihrer Organisation Platz greift, besonders bei den in den Bäckereien der Konsumvereine beschäftigten Kollegen.

Die Süß-, Back- und Teigwarenindustrie ist stark zusammengeschmolzen. Die Ursachen sind die gleichen wie beim Absatzrückgang der vorstehend besprochenen Industriezweige. Die gute Obst- und Kartoffelernte in Südwestdeutschland im Jahre 1931 neben den allgemeinen Begleitumständen der Wirtschaftskrise beeinträchtigte den Konsum der Produkte der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie besonders nachteilig. Durch die nur zeitweise Beschäftigung der Kollegenschaft in diesen Industriezweigen entstand eine große Fluktuation der Arbeiter und damit der Mitgliedschaft und eine Schrumpfung der Mitgliederzahl.

Das Fleischerigewerbe machte im Rahmen der Wirtschaftskrise keine Ausnahme. Die Senkung der Fleischpreise brachte es mit sich, daß das Fleischerigewerbe nicht in dem Ausmaß durch die Schrumpfung der Kaufkraft der Konsumenten in Mitleidenschaft gezogen wurde wie andere Industriezweige. Die Herabsetzung der Fleischpreise brachte eine Einschränkung in der Wurstwarenproduktion. Dadurch wurde die Arbeitsgelegenheit im Fleischerigewerbe beschränkt.

Trotz dieser Erscheinungen haben wir unter den Fleischerkollegen durch die rege Anteilnahme der im Arbeitsverhältnis stehenden Fleischerkollegen an der Agitation und Aufklärungsarbeit ihrer Berufskollegen orisweise eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen.

Auch unter den im Fleischerigewerbe beschäftigten Arbeitern ist noch ein großes Agitationfeld. Wie im vorstehenden Falle muß jede Möglichkeit zur Stärkung und zum Ausbau der Gewerkschaftsorganisation ausgenutzt werden. Die Unternehmer liefern uns den besten Beweis, daß wir immer noch auf dem richtigen Wege sind. Wären die Gewerkschaften für die Arbeitgeber in der Ausbeutung und Entrechtung der Arbeiterschaft nicht



Die von der Regierung trotz aller Warnungen und Gegengründe vorgenommene Erhöhung des autonomen Butterzolls von 50 auf 100 Mark für den Doppelzentner ist zu einer Gefahr für den deutschen Außenhandel geworden, da die betroffenen Länder selbstverständlich Gegenmaßnahmen ergriffen. Bei der geschwächten heimischen Kaufkraft wird die verteuerte Butter weiteren großen Volksschichten unerreichbar und zwingt sie noch mehr zur Abwanderung zur Margarine und zum Schmalz. Die Entwicklung der Buttereinfuhr und des Butterzolls zeigt der untere Teil unserer Bildstatistik; von 24 auf 376 Millionen Mark stieg von 1900 bis 1930 der Wert der verzollten Buttereinfuhr nach Deutschland, während der Zollertrag von 2,6 auf 39,5 Mill. Mark anwuchs. Der obere Teil des Bildes zeigt neben England und Deutschland, die als Industriestaaten die größten Buttereinfuhrländer sind, die wichtigsten Butterlieferanten. Diese Staaten beliefern auch hauptsächlich den deutschen Markt; sie sind durch die handelspolitischen Folgen der Absperrungspolitik besonders betroffen.

das große Hemmnis, dann würden sie uns nicht mit dem Haß und den niedrigen Mitteln bekämpfen, wie dies laufend geschieht. Sie würden es sich nicht soviel kosten lassen, indem sie eine ganze Armee von Helfern unterhalten zur Bekämpfung der Gewerkschaftsbewegung, mit deren Hilfe sie letzten Endes die Gewerkschaften mit Gewalt zerschlagen wollen. Wer es ehrlich mit der Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft meint, kann nicht zugleich ein Gegner der Gewerkschaften sein. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Nur durch die Stärkung unserer Front, der freigewerkschaftlichen Organisationen, sind wir in der Lage, den Abbausturm der Unternehmer zu hemmen. W. Schmutz, Gauleiter.

Gau Frankfurt a. M. im Krisenjahr 1931

Im Jahre 1931 mußten durch die Kündigung von Lohn- und Manteltarifen seitens der Unternehmer einschließlich des Monats Januar 1932 169 Bewegungen erledigt werden. Es entfallen auf die Industriegruppen Bäckerei, Konditorei, Brotfabriken, Konsumvereine 55, Böttcherei, Kuferei, Faßfabriken 16, Brauerei, Mälzerei, Bierniederlagen 25, Mühlen, Oelmühlen, Futtermühlen 14, Fleischerie, Wurstfabriken, Fettverwertung 27, Süßwarenindustrie, Molkerei, Nährmittel 7, Wein, Sekt, Apfelwein, Mineralwasser 25 Bewegungen.

Die Abbauforderungen wurden bereits zu Beginn des Jahres durch die Regierung gefördert. Die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse wirkten zugunsten der Arbeitgeber nach dem Wunsche der Regierung. Diese Tatsache veranlaßte uns wiederholt zur Ablehnung der Schlichtungsausschußvorsitzenden. Wenn trotzdem im eiligsten Tempo Schiedssprüche verbindlich erklärt wurden, die ohne Anwesenheit der Arbeitnehmervertreter gefällt wurden, so ließ dieser Vorgang klar erkennen, daß alle behördlichen Stellen für die Durchführung der Lohnsenkung eingestellt waren. In der 4. Notverordnung wurde sogar die Lohnsenkung unter Ausschluss des Schlichtungsausschusses diktatorisch vollzogen.

Die Ablehnung des Schlichtungsausschußvorsitzenden bezweckte unsererseits nicht die Ablehnung der Schlichtungsausschüsse überhaupt, sondern sollte ein Protest gegen die Einseitigkeit sein. Jedoch weder diese Maßnahme, noch in drei Fällen geführte Streiks konnten die Lohnsenkung verhindern, wenn auch die Abbaubestrebungen der Unternehmer stark beschränkt wurden. Daß die Arbeitgeber-syndizis dabei zur persönlichen Verunglimpfung der Arbeitnehmervertreter ohne Erfolg schritten, beweist um so deutlicher, daß die Organisation gegenüber den Scharfmacherplänen ein Schutzwall ist. Als auffällige Erscheinung sei noch erwähnt, daß Innungen sich korporativ den Unternehmerverbänden der Großindustrie anschlossen.

Bedauerliche Erscheinungen sind seitens der gegnerischen Arbeitnehmerorganisationen zu verzeichnen. Der christliche Verband, Bezirk Mannheim, erhielt durch eine irrtümliche Ladung des Schlichtungsausschusses Wiesbaden Kenntnis, daß wir im Gebiet Mainz-Wiesbaden mit 5 Bäckerinnungen im schweren Kampf um die Aufrechterhaltung der tarifvertraglichen Errungenschaften standen. Obwohl

Hammerschaften

In die Eiserne Front sind die Millionen Gewerkschafter als Hammerschaften eingetreten. Unsere Erzählung schildert den historischen Vorgang, der dem Namen Hammerschaften zugeordnet liegt.

Hanne Berendt sah herüber zum Werk. Jawohl, es lag still.

Der feuchte, dickliche Nebel eines trüben Novembertages drückte auf die immer, selbst in Tagen des herrlichsten Sommers unfreundliche Industriestadt. Bergbau- und Hüttenbezirk — niemals, auch am Sonntag nicht, weicht Ruß und Staub aus der stickigen Luft, und er sitzt fest in den Poren und in Gaumen und Schleimhäuten der Menschen. Ja, dort draußen allerdings, eine gute halbe Stunde weit, wo die Villen der Direktoren und Syndizisten stehen, da ist frische Luft, da tollen sich rotbackige Kinder in den Gärten, da ist Wärme und Licht.

Der junge Arbeiter Hanne Berendt fuhr sich über die Stirn. Er war gesund, kräftig, drahtig, zäh, trotz seiner 17 Jahre gestählt und zusammengewachsen durch die harte Jugend des Proletariatssohnes. Eine Kindheit? Was hatte er für eine Kindheit gehabt? Die Wohnung muffig und eng, das Essen mager und knapp, der Vater tot, im Bergwerk verschüttet, die Mutter kränklich und abgequält, fünf Geschwister, von denen der älteste, Wilhelm, der Hauptnährer, vor fünf Jahren in Frankreich gefallen war, und er, seit drei Jahren schon — ach, er war noch ein Kind gewesen! — schafften, schaffen, schaffen!

„Das Werk macht einen noch tot!“ hatte mal ein älterer Kumpel gesagt, und ein anderer hatte geantwortet: „Wir müssen das Werk lebendig machen, wir müssen es uns erobern.“ Der junge Hanne Berendt vergaß diese Worte nicht. Ja, eine Welt war zu erobern gerade für sie, für die Arbeiter,

die Proletarier. Hanne Berendt ballte manchmal die schwieligen, ungeschlachten Hände zur Faust, aber er wußte, daß Fäusteballen allein nicht genügte. Denn wenn er trotz aller Müdigkeit dieses harten und unerbittlichen Lebens sich einmal frisch genug fühlte, dann durchgrübelte er mühsam und, solcher Arbeit wahrhaft ungewohnt, mit heißem Schädel die Schriften derer, die Gleichheit und Freiheit verkündeten und Schutz für Leben und Schaffen gerade der Armen, der Proletarier, verlangten. Eines aber forderten diese Kämpfer neuen Werdens vor allem: Einigkeit und Zusammenschluß aller Schaffenden.

Man schrieb das Jahr 1875, Zeit des Uebermuts, Zeit der Vermessenheit in einem Bürgertum, das verblendet war durch Metz und Sedan und sich berauschte am Gelde der französischen Kriegsschädigung. Der Ungeist mißverständenen Preußentums, das Kasernendrill und Exerzierplatzmethoden auch auf die Beziehungen vom Arbeitgeber zum Arbeitnehmer übertragen wollte, war in Blüte gekommen. Der preußische Untertan, der vermessen meinte, daß er, gerade er, drei Kriege gewonnen hatte, sah sich als Herr der Erde und als Gebieter der Menschen. Wohl, wohl: vor Adel und Lautnantsepauletten erstarrte er in Ehrfurcht, aber er war der Radfahrer, der nach oben buckelte und nach unten trat. Und unten, da waren die Angestellten und Arbeiter! Was sind Lohnforderungen, was ist der Schrei nach Arbeitsrecht und Arbeitsschutz? Freche Forderungen einer ungebildeten Proletenbande, die zu parieren hat!

In Hanne Berendts Augen leuchtete Erbitterung. In harter Fron, bei kargem Lohn, von früh bis spät, Mensch ohne Recht, getreten in seiner Würde, Mensch zweiter Klasse, Leben der Armut, der Scham und der Not! Ja, waren sie es denn nicht wert, zu leben? War es nicht wirklich so, als ob

die Leute, die gezwungen waren, dem Broterwerb nachzugehen, mit jedem Schritte dem lauernden Tode zu begegnen fürchteten? Ach, die Herren da oben scherten sich wenig darum, ob die Kumpels im Bergwerk umkamen oder ob sie in jungen Jahren mit zerfressener Lunge auf kargem Pfähle verreckten.

Und jetzt war Streik! Es hatte so weit kommen müssen! Es ging so nicht weiter! Aber konnten sie siegen? Hanne Berendt sagte sich immer wieder: Wir müssen siegen. Und doch: in seinem jungen Proletarierhirn hockten die sorgenden Gedanken. Sie waren schwach, furchtbar schwach! Er wußte, warum: Es fehlte die Einigkeit, der Zusammenschluß, das Schulter-an-Schulter-Stehen! Noch waren sie ja in der Mehrheit, aber die Betriebsleitung verstand es wohl, durch Lug und Trug die Saat des Unfriedens auszustreuen, durch geheuchelte Freundschaft die Schwachen zu locken, durch Geld die Lumpen zu kaufen. Da waren die Betörten und Eingefangenen, da waren die Schlappschwänze und die Verräter — die Streikbrecher alle, die dem kämpfenden Bruder in den Rücken fielen. Die Macht der Regierenden war mit der Macht des Geldes im Bunde. Die Polizei war verstärkt, sie stand Tag und Nacht auf den Straßen, und man sprach davon, daß Militär im Anrollen sei. War denn der Feind im Land, waren die Arbeiter denn Verbrecher? Keinem Menschen hatten sie ein Haar gekrümmt, sie wollten nichts als ihr Recht auf Leben und Lohn!

Und die Not stieg in den Hütten der Armen. Krämer und Bäcker pumpten nicht mehr. Fleisch, schon früher nur selten gesehen, wann stand es zum letztenmal auf dem Tisch? Letzter Hausrat war lange versetzt, kahle Wände, kalter Herd, zwei Matratzen für fünf Personen! Den abgehärteten Hanne Berendt überlief es wie eine Gänsehaut, dachte er an den klagenden Blick seiner alten,

